

FÜR EINEN OFFENEN EUROPÄISCHEN ARBEITSMARKT

Parlamentarische Bürger/innen-Initiative

In den Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Kandidatenländern haben sich Österreich und Deutschland mit ihrer Forderung nach einer Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren bei der Personenfreizügigkeit durchgesetzt. Dabei ist den einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch erlaubt, die Länge dieser Frist durch entsprechende nationale Regelungen zu verkürzen oder von Anfang an darauf zu verzichten.

Mit meiner Unterschrift spreche ich mich dafür aus, das Fremden-gesetz und das Ausländer/innenbeschäftigungsgesetz so zu ändern, dass Österreich den Kandidatenländern zum Zeitpunkt ihres EU-Beitritts die europäische Grundfreiheit der Personenfreizügigkeit gewährt.

- **JA zum notwendigen Zuzug von Arbeitskräften für die Wirtschaft!**
Bei unveränderter Beschäftigungsquote der aktiven Bevölkerung entsteht bis 2005 eine Beschäftigungslücke von rund 165.000 Personen. Etwa 35.000 offene Stellen könnten durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte gefüllt werden.
- **JA zur langfristigen Sicherung der Pensionen!**
Ohne substantielle Zuwanderung wird die österreichische Bevölkerung im Erwerbsalter (zwischen 15 und 65 Jahren) bis 2030 um 360.000 Personen zurückgehen. Die absehbaren Folgen sind massive Probleme für das Pensions- und Krankenversicherungssystem.
- **JA zur Chancengleichheit in einer erweiterten Europäischen Union!**
Durch die Verweigerung einer europäischen Grundfreiheit werden die Kandidatenländer zu EU-Mitgliedern zweiter Klasse. Diese Spaltung der Europäischen Union muß verhindert werden, indem das Gemeinschaftsrecht als Ganzes sofort ab dem Beitritt für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen gilt.

Name	Adresse	Geb.Datum	Datum/Unterschrift

AUSGEFÜLLTE LISTEN BITTE SENDEN AN: Wir Sind Europa c/o Dr. Margareta Stubenrauch, Schelleingasse 41, A-1040 Wien

